



DSTGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Position

DER AUTOR

Dr. Gerd Landsberg

ist Geschäftsführendes
Präsidialmitglied des Deutschen
Städte- und Gemeindebundes.

Der Deutsche Städte- und
Gemeindebund vertritt die Interessen
der Kommunalen Selbstverwaltung der
Städte und Gemeinden in Deutschland
und Europa. Über seine Mitglieds-
verbände repräsentiert er rund 11.000
Kommunen in Deutschland.

Mitgliedsverbände

- Bayerischer Gemeindetag
- Gemeinde- und Städtebund
Rheinland-Pfalz
- Gemeinde- und Städtebund
Thüringen
- Gemeindetag Baden-Württemberg
- Hessischer Städte- und
Gemeindebund
- Hessischer Städtetag
- Niedersächsischer Städte- und
Gemeindebund
- Niedersächsischer Städtetag
- Saarländischer Städte- und
Gemeindetag
- Sächsischer Städte- und
Gemeindetag
- Schleswig-Holsteinischer
Gemeindetag
- Städte- und Gemeindebund
Brandenburg
- Städte- und Gemeindebund
Nordrhein-Westfalen
- Städte- und Gemeindebund Sachsen-
Anhalt
- Städte- und Gemeindetag
Mecklenburg-Vorpommern
- Städtebund Schleswig-Holstein
- Städtetag Rheinland-Pfalz

STATEMENT ZUR BÄDERINFRASTRUKTUR

Kommunale Schwimmbäder: Unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge

Die Städte und Gemeinden wissen, wie wichtig es ist, Schwimmbäder zu unterhalten und das Schwimmenlernen insbesondere von Kindern zu fördern. In Deutschland gibt es eine historisch gewachsene, ausgeprägte Kultur öffentlicher Schwimmbäder. Sie machen das Sport- und Freizeitangebot einer kommunalen Infrastruktur attraktiv. Über 80 % der Bevölkerung halten Bäder für unverzichtbar. Nach Radfahren und Laufen ist Schwimmen die beliebteste Sportart.

Nichtschwimmerzahlen steigen: Alarmzeichen wahrnehmen

Es ist ein Alarmzeichen, dass immer weniger Schülerinnen und Schüler nach Abschluss der Grundschule schwimmen können. Ca. 50 % der Grundschüler gelten mittlerweile als keine sicheren Schwimmer. Die Zunahme der Freizeitbäder ohne Lehrbecken erschwert das Schwimmen. **Wie Lesen und Schreiben sollte jedes Kind auch Schwimmen können. Schwimmen ist ein unverzichtbarer Bestandteil des Bildungsauftrages.**

Damit wird zugleich deutlich, dass die Verantwortlichen der Bildung dies auch im Blick haben müssen. Das sind sicher die Kommunen als Schulträger, das ist aber auch das

Land, welches die internen Schulangelegenheiten verantwortet, das sind aber natürlich auch die Eltern und die Vereine und Initiativen, die sich im Bildungsbereich engagieren. Notwendig sind also **abgestimmte Gesamtkonzepte in einer Region**, die die schwächelnde Schwimmkompetenz fördern und sichern.

Unverzichtbarer Bestandteil der Daseinsvorsorge

Schwimmbäder sind ein wichtiger Bestandteil der örtlichen Daseinsvorsorge (zu 80 Prozent sind die Kommunen die Träger). Das heißt allerdings nicht, dass jede Gemeinde ein eigenes Schwimmbad haben muss. Das kann schon deshalb nicht funktionieren, weil die Unterhaltung von Schwimmbädern oder Hallenbädern eine erhebliche finanzielle Belastung für die Kommunen darstellt. **Denn jeder Schwimmbetrieb ist zugleich ein Zuschussbetrieb.** Umgerechnet auf den einzelnen Besucher der Badeanstalt liegen die Zuschüsse zwischen 5 und 10 Euro pro Person.

Die Unterhaltung eines Schwimmbades ist kostendeckend nicht möglich. Die Kostendeckungsgrade schwanken zwischen 27,2 % in Freibädern, 31 % in Hallenbädern und bis zu 83 % in Freizeitbädern. Das allein ist sicherlich kein Argument gegen Frei- und Hallenbäder,



DSTGB

Deutscher Städte-
und Gemeindebund

Position

zumal man sicherlich bedenken muss, dass bei Kultureinrichtungen wie Opern und Festspielhäuser der Fehlbetrag pro Besucher teilweise noch wesentlich höher ist.

Der Konsolidierungsdruck ist insoweit enorm und hat zur Folge, dass natürlich auch der Unterhalt und Betrieb von Schwimmbädern in der Kommunalpolitik jeweils zur Diskussion gestellt wird. **Deshalb sind zusätzliche Landes-, aber auch Bundesmittel unverzichtbar.**

Synergieeffekte nutzen - Alternative Betriebsformen prüfen

Gleichzeitig müssen die Kommunen alle Synergieeffekte nutzen, um einerseits die Schwimmkompetenz zu fördern und andererseits sicherzustellen, dass die Kosten nicht aus dem Ruder laufen.

So ist es denkbar, dass eine Gemeinde das sanierungsbedürftige Schwimmbad schließt, die andere es saniert und dafür ein unentgeltlicher Schwimmbadbus zwischen den Gemeinden pendelt.

Neben dem gemeinsamen Betrieb eines Schwimmbades durch zwei Gemeinden (sogenannte **interkommunale Kooperationen**) sind auch Kooperationen mit Erlebnisbädern (soweit diese ein Lehrbecken haben) denkbar, so dass zu bestimmten Zeiten Schwimmunterricht zugunsten der Schulen dort stattfinden kann.

Auch ist gerade im Schwimmbereich die Bereitschaft der Menschen, durch bürgerschaftliches

Engagement eine solche Einrichtung weiter zu betreiben, groß. Gute Erfahrungen haben die Kommunen z. B. damit gemacht, dass man ganz oder teilweise den Betrieb eines Schwimmbades einem Förderverein überlässt und die Stadt sich auf einen Zuschuss beschränkt.

Zudem gibt es funktionierende Bäder in Form von Genossenschaften.

Schließlich ist auch das Potential von Modellen Öffentlich-Privater-Partnerschaften (ÖPP) bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Beim Bau und der Sanierung der Schwimmbäder können sich die jeweiligen Aufgabenträger und Betreiber verstärkt die Kosten teilen. Wichtig ist allerdings eine flexible Ausgestaltung der Modelle.

Betriebskosten optimieren!

Darüber hinaus, sind die Städte und Gemeinden bemüht, die Kosten eines Schwimmbadbetriebes zu optimieren. Über die stärkere Ausrichtung der Nutzungszeiten am Bedarf, die Optimierung von Öffentlichkeitsarbeit und Werbung sowie der Einnahmen aus Nebenbetrieben wie Gastronomie, Sauna bzw. Sonderveranstaltungen, oder die Verbesserung der Wirtschaftlichkeit durch bauliche Maßnahmen kann Potential gehoben werden.

So können zu groß dimensionierte Flächen z. B. in Saunabadelandschaften, Solarien oder Wellnessbereiche umfunktioniert werden. Zu denken ist auch an Eltern-Kind-Bereiche, Abenteuer- oder Erlebnisbecken. Das steigert

gleichzeitig die Attraktivität des Schwimmbades. Dabei sollte aber immer ein Konzept erarbeitet werden, dass die Nutzung eines Bades als Schul- und Vereinsbad, sportorientiertes Bad, aber auch als Bad mit Freizeitwerten beinhaltet.

Vor diesem Hintergrund ist allerdings die Entscheidung der Finanzminister von Bund und Ländern, zum 01. Juli 2015 den ermäßigten Umsatzsteuersatz für Saunabesuche zu streichen, problematisch. Denn hiermit wird den Städten und Gemeinden ein Instrument der Kostenoptimierung beschnitten und stattdessen der Kostendruck für die etwa 1000 öffentlichen Bäderbetriebe mit Saunaangeboten vor dem Hintergrund hoher Personal- und Betriebskosten weiter erhöht.

Sanierungsstau beheben

Ein nach wie vor ungelöstes Problem ist der Sanierungsstau bei den Schwimmbädern. Viele Schwimmbäder (schätzungsweise 30 bis 40 Prozent) stammen aus den 60er und 70er Jahren. Deutschlandweit geht man von einem Sanierungsstau von bis zu 14 Mrd. Euro aus.

Hinzu kommt, dass vor dem Hintergrund des demografischen Wandels auch Maßnahmen z. B. hinsichtlich der Zugänglichkeit (Barrierefreiheit) ergriffen werden müssen.

Nach dem KfW-Kommunalpaneel 2014 haben die Kommunen nach wie vor einen immensen **Investitionsstau von 118 Mrd. Euro.**



DStGB

Deutscher Städte- und Gemeindebund

Position

Der größte Investitionsrückstand besteht in den Bereichen Straßen und Verkehrsinfrastruktur (26 % bzw. 31 Milliarden), Schulen (20 % bzw. 24 Milliarden) und **Sportstätten/Bäder (10 % bzw. 12 Milliarden)**. **Vor allem im Bereich Sportstätten/Bäder hat der Rückstand zugenommen.**

chen. Die Spreizung zwischen armen Kommunen auf der einen Seite und positiven Entwicklungen in anderen Regionen nimmt zu. Gerade dort, wo Investitionen in die Zukunft notwendig wären, sind diese aufgrund der Haushaltslage nicht möglich.

gaben mit der Folge, dass auch eine Schließung möglich ist.

Wichtig ist, dass die Städte und Gemeinden frühzeitig in den Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern, den Sportvereinen, anderer Partner wie der DLRG und den Medien eintreten, damit in einem transparenten Verfahren die Argumente abgewogen und auch verschiedene Alternativen erörtert werden können.

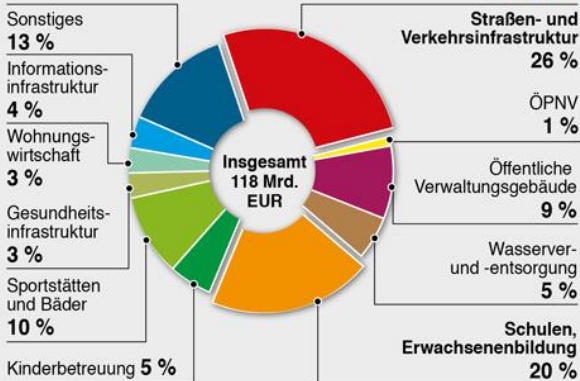
Landesweite Bäderplattformen schaffen

Es wäre sicher hilfreich, auf Landesebene eine Plattform zu schaffen unter dem Motto: Schwimmen ermöglichen, Bäder erhalten. Hier könnten die verschiedenen Initiativen von Land, Kommunen, aber auch Vereinen und Elterninitiativen koordiniert werden. Ein gutes Schwimmangebot ist immer auch ein wichtiger Standortvorteil für eine Stadt oder Gemeinde. Auf der kommunalen Ebene sollten die Schwimmbäder weiterhin Bestandteil der Sportentwicklungsplanung sein.

Berlin, 12. Januar 2015

Investitionsrückstand in Mrd. EUR

Hochrechnungen für Städte, Gemeinden und Landkreise



Quelle: KfW-Kommunalpanel 2014

Grafik: Deutscher Städte- und Gemeindebund

Das ist gerade der Grund dafür, dass der Deutsche Städte- und Gemeindebund immer wieder fordert, die Kommunen von den erdrückenden Soziallasten teilweise zu befreien, um wieder Kraft für neue und zusätzliche Investitionen zu gewinnen. Wir brauchen in Deutschland eine Infrastrukturoffensive und dazu gehört auch die Sanierung vieler Schwimmbäder.

Was kann und soll der Staat leisten?

Wir werden uns mittelfristig darauf einstellen müssen, dass die Kommune, aber auch der Staat insgesamt, nicht alles, was wünschenswert ist, in dem erforderlichen Umfang finanzieren und gewährleisten kann. Denn so wichtig die Aufrechterhaltung des derzeitigen Angebotes an Schwimmbädern ist, sie zählen zu den freiwilligen Auf-

Trotz guter wirtschaftlicher Entwicklung in Deutschland bleibt die Finanzlage vieler Städte und Gemeinden weiter angespannt und dramatisch. Obwohl die Arbeitslosigkeit niedrig ist, sind die Sozialausgaben der Kommunen gestiegen und haben die Schallgrenze von 50 Mrd. Euro 2015 überschritten. Nach Einschätzung des DStGB wird die Gesamtheit der Kommunen in Deutschland 2014 die „schwarze Null“ nicht errei-